

## Wir sind Metropolis



Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Michael Müller (SPD), ist im südafrikanischen Johannesburg für zwei Jahre zum Präsidenten des Städtenetzwerks Metropolis gewählt worden. „Mit 136 Mitgliedern und einer über 30jährigen Geschichte ist der Weltverband der Großstädte Metropolis die führende Organisation, in der die Verwaltungen von Metropolen aus aller Welt zusammenkommen. Er dient den Großstädten als zentraler Treffpunkt, hier bringen sie weltweit Wissen und Erfahrungen zur Verwaltung von Metropolen ein, hier tauschen sie sich aus und diskutieren eine große Zahl lokaler und globaler Probleme.“

Die Wahl Müllers zum Präsidenten von Metropolis ist zweifelsohne auch eine besondere Ehre für die deutsche Hauptstadt. Der Wiederhall in der lokalen Presse war eher dürftig, viele begnügten sich mit dem Abdruck einer dpa-Meldung, und der Berliner Abendschau, die sonst über jedes Schlagloch in Berlin berichtet, war Müllers Wahl keine Meldung wert, es sei denn, es ist meiner Aufmerksamkeit als regelmäßiger Zuschauer entgangen.

Der Pressesprecher der CDU-Fraktion, Olaf Wedekind, glaubte in der Dame auf dem Foto neben Müller die im Langzeiturlaub befindliche Senatsbaudirektorin Regula Lüscher entdeckt zu haben, räumte bei genauerem Hinsehen dann aber ein, dass es eine „Lüschermorgan“ gewesen sein muss. Um weiteren Spekulationen über Müllers Begleitung vorzubeugen, der Herr neben Müller ist auch nicht der SPD-Bundestagsabgeordnete Fritz Felgentreu.

Wir beschäftigen uns etwas ausführlicher in diesem Beitrag mit Metropolis. „1985 gegründet, wird sich Metropolis während der Arbeitsphase 2018-2020 weiterhin auf diplomatische Aktivitäten für seine Mitglieder konzentrieren und für urbane Themen und Problemstellungen eintreten, um die Fähigkeiten der Großstädte, sich selbst gut zu verwalten, weiterzuent-

wickeln. Metropolis stärkt bestehende Partnerschaften mit anderen weltweit tätigen Einrichtungen und Nicht-regierungsorganisationen (z.B. UN-HABITAT, Weltbank, C40, Cities Alliance, EUROCITIES, GIZ), fördert Prozesse gegenseitigen Lernens, unterstützt die Mitglieder und interessierten Städte bei der Umsetzung von Maßnahmen zum Erreichen politischer Ziele und bei der Lösung technischer und finanzieller Probleme.“

Neben Metropolis ist Berlin in weiteren zehn weltweiten Verbänden Mitglied. Hier eine Auflistung aller Organisationen:

<https://www.berlin.de/rbmskzl/politik/internationales/staedtenetzwerke/>

Berlin ist seit 1991 Mitglied bei Metropolis. „Schon als Interimspräsident vertrat Müller Metropolis auf internationaler Ebene, zum Beispiel während der Vorbereitungen für die UN-Konferenz zu Wohnen und nachhaltiger Stadtentwicklung im Jahr 2016 (UN Habitat III). Bereits 2016 wurde Michael Müller in Bogota auf dem 5. Weltkongress der Metropolis Dachorganisation United Cities and Local Governments (UCLG) als Vertreter von Metropolis zum Mitglied des Exekutivkomitees gewählt.

2015 gründete Berlin die ‚PrepCity‘-Taskforce, die die Vorbereitung der UN Habitat III-Konferenz unterstützte und deren Arbeitsergebnisse in die Diskussionen zur Neuen Urbanen Agenda (NUA) einfließen. PrepCity spielte eine wichtige Rolle bei der Entwicklung und Formulierung der Vorschläge, die die größten Metropolen der Welt der UNO unterbreiteten.

2012 initiierte Berlin die Policy Transfer Platform (PTP), ein offenes Portal für Austausch und Lernen über Stadtpolitik weltweit, das Fachleute miteinander verbindet und herausragende Stadtentwicklungsprojekte aus aller Welt vorstellt. Mit mehr als 260 Fallstudien aus mehr als 135 Städten zu 33 Themen und über 170 registrierten Fachleuten bietet die Plattform die Möglichkeit, Informationen zu den anerkanntesten Stadtentwicklungsvorhaben zu finden, von denen viele internationale Preise erhalten haben. Auf dem XII. Weltkongress von Metropolis, der im Juni 2017 in Montreal stattfand, wurde das Projekt ‚Sustainable Cities Collaboratory‘ (SCC) vom Aufsichtsrat für die Vergabe von Metropolis Fördermitteln ausgewählt. Initiiert vom Regierenden Bürgermeister strebt das SCC danach, einen praktischen Fahrplan für die nachhaltige Stadtentwicklung in den größten Städten der Welt zu entwickeln. An dem Projekt beteiligen sich die Bürgermeister, Wissenschaftler und Fachleute für Finanzen und Kultur aus Berlin, Buenos Aires, Dakar, Guangzhou, Johannesburg, Madrid und Mexiko City.“

„Metropolis ist die selbstbewusste Stimme der Städte weltweit. Unser Netzwerk engagiert sich für die Rechte aller Menschen“, sagt Michael Müller. Die diesjährige Konferenz, die vom 27. bis 29. August stattfand, stand unter dem Motto: „Inclusive Metropolitan Cities and City Regions“. Zu dem Jahrestreffen, das die Provinz Gauteng ausrichtete, deren Hauptstadt Johannesburg ist, kamen Bürgermeister und Politiker aus Metropolen aller fünf Kontinente zusammen, um Erfahrungen zu nachhaltiger urbaner Entwicklung auszutauschen und strategische Entscheidungen zur Zukunft von Metropolis zu treffen.

Michael Müller: *„Bereits mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung lebt in Städten. Daraus folgt: Stadtpolitik und Stadtentwicklung haben tiefgreifende Auswirkungen auf globale Entwicklungen. In unserer Zusammenarbeit liegt unsere Stärke und wir halten in unseren Händen das Schicksal von mehr als der Hälfte der Weltbevölkerung. Aus dieser Tatsache erwächst große Verantwortung. Das Metropolis Städtenetzwerk will dieser Verantwortung gerecht werden“*. Bereits im Rahmen seiner Interimspräsidentschaft setzte sich Müller insbesondere für einen stärkeren politischen Dialog innerhalb von Metropolis ein. Daher fand im Rahmen des Jahrestreffens erstmalig eine Debatte von Bürgermeistern zum Thema „Metropolisierung u. Soziale Inklusion“ statt. Unter anderem wurde darüber diskutiert, wie sich Metropolis und seine Mitglieder künftig noch stärker für die Implementierung der globalen Nachhaltigkeitsziele stark machen können.

Afrikanische Bürgermeister kamen zusammen, um das „Forum der afrikanischen Metropolen“ zu eröffnen und die Rolle der afrikanischen Städte im Verbund der großen Metropolen zu diskutieren. Nicht nur für Südafrika hatte die 2018er Metropolis-Jahreskonferenz eine weitere Besonderheit: *„Unser Treffen findet im Jahr des 100. Geburtstags von Nelson Mandela statt. Er hat Millionen Menschen durch seine unbeugsame Haltung Hoffnung verliehen.“*, so Müller. Im Rahmen zahlreicher Programmpunkte des Jahrestreffens wurde des vorbildhaften Handelns Mandelas und dessen Einsatz für Demokratie und Gleichheit gedacht.

Während der Johannesburg-Reise nahm der Regierende Bürgermeister von Berlin neben der Metropolis-Konferenz weitere Termine wahr. Unter anderem traf er mit David Makhura, dem Premier der Provinz Gauteng, und Herman Mashaba, dem Bürgermeister von Johannesburg, zusammen. Außerdem hat Müller das Goetheinstitut in Johannesburg besucht.

## Währenddessen in Berlin



Zum Wohnungsbau in Berlin gibt es zahlreiche Papiere, sowohl von Michael Müller als auch von Stadtentwicklungssenatorin Katrin Lompscher, die der inoffiziellen Pressestelle des Senats, dem Tagesspiegel, natürlich alle schon vorliegen. Auch berichtet der Tagesspiegel live aus den eigentlich nicht öffentlichen Senatssitzungen. So ging es mal wieder um *„die bis Jahresanfang von Flüchtlingen besetzte Gerhard Hauptmann-Schule. Rot-Rot-Grün hatte sich darauf verständigt, ein Bleiberecht für alle wohlwollend zu prüfen - doch Innensenator Andreas Geisel will jetzt von den elf noch in Berlin lebenden Ex-Besetzern fünf abschieben: wegen ‚schwerer Gewaltverbrechen‘, u.a. Vergewaltigung und Raubüberfällen. Die Koalitionspartner beklagen sich, nicht informiert worden zu sein, Linken-Fraktionschef Udo Wolf insistierte während der Sitzung in scharfem Ton auf das vereinbarte abgestimmte Verfahren. Doch Geisel beharrt auf seiner Entscheidung: Er ist ‚nicht bereit, daran etwas zu ändern“*, klärt uns der Tagesspiegel auf. Ein Glück, dass wir den Tagesspiegel haben, wüssten wir doch sonst nicht, womit sich der Senat in seinen Sitzungen beschäftigt.

Zurück zum Bau. Not amused sind die Grünen über Lompschers *„Handlungsprogramm zur Beschleunigung des Wohnungsbaus“*. *„Demnach“*, so der Tagesspiegel, *will Lompscher die Stadt stärker verdichten, „besondere Flächen für den Wohnungsneubau aktivieren“, Dachausbauten vereinfachen, die „Waldumwandlung“ sowie Baumfällungen erleichtern, das Eingriffsrecht des Senats gegenüber den Bezirken entfristen, Baustelleneinrichtungen schneller genehmigen und 100 neue Leute einstellen*. Donnerwetter. Es geht voran. Die Grünen werden sich vermutlich vor

jeden Baum stellen, um das Fällen zu verhindern. Das hat Mitte der 1970er Jahre der damalige Bausenator der SPD, Harry Ristock („Ich stelle mich schützend vor jeden Baum“) auch schon mal erfolglos versucht.

In einem Gastbeitrag im Tagesspiegel in dieser Woche setzt Michael Müller erneut die Überschrift für einen der wichtigsten Themen seiner Amtszeit: „Bezahlbarer Wohnraum ist die Frage unserer Zeit.“ „Zu den Grundbedürfnissen jedes Menschen gehört es, ein Dach über dem Kopf zu haben. Wohnen ist ein Grundrecht. Es bedeutet Sicherheit und Geborgenheit.“

Müller zeigt Verständnis für die Sorgen der Menschen „angesichts der überall steigenden Mieten und vor allem des immer knapper werdenden bezahlbaren Wohnraums.“ „Für mich steht fest“, so Müller in seinem Tagesspiegel-Artikel: „*Bezahlbarer Wohnraum ist die soziale Frage unserer Zeit. Niemand darf glauben, das länger aussitzen zu können. Die Bedürfnisse der Mieterinnen und Mieter müssen endlich klaren Vorrang vor Lobbyinteressen haben.*“ Das klingt ja mächtig nach einer Ansage in Richtung Koalitionspartner. Die Botschaft geht aber auch an die eigene Partei: „Für die SPD entscheidet sich in der Wohnungspolitik genauso wie bei den Themen Arbeit, Rente, Gesundheit und Pflege, ob sie in den elementaren sozialen Fragen unserer Zeit Glaubwürdigkeit zurück erlangen kann und so für breite Schichten der Bevölkerung wieder wählbar wird.“

**Einen mächtigen Schreck bekam die Bundes-SPD am 28. August, als das Meinungsforschungsinstitut INSA für die SPD gerademal noch 16,5% ermittelte, den gleichen Wert wie für die AfD. Die Union erreichte bei INSA nur noch 28%. Heute beruhigte die für das ZDF tätige Forschungsgruppe Wahlen die Gemüter halbwegs wieder. Die SPD verharrt auf den Werten der letzten Umfragen, 18%, und die Union hat wieder vorn eine 3 stehen, nämlich 31%. Die AfD stabilisiert sich allerdings bei 17% und ist damit weiterhin drittstärkste Kraft, sehr knapp hinter den Sozialdemokraten.**

Einen kräftigen Seitenhieb teilt Müller in seinem Tagesspiegel-Beitrag in Richtung Bundeswirtschaftsministerium aus. Er spricht von einem „*interessengeleitete Gutachten aus dem Bundeswirtschaftsministerium.*“ „*Die Vorschläge darin reichen bis zur Abschaffung der Mietpreisbremse und des sozialen Wohnungsbaus. Manche in der Wohnungswirtschaft wollen ihre hohen Renditen sichern und fürchten offensichtlich, dass sich die Politik nicht länger mit halbherzigen Schritten begnügt.*“ Dieses Gutachten wurde inzwischen von vielen Seiten in die Tonne getreten. Nur zur Erinnerung: das Ministerium wird von Peter

Altmaier (CDU) geleitet, assistiert vom ehemaligen Berliner Finanzsenator Ulrich Nußbaum, der fast einmal in die SPD eingetreten wäre. Michael Müller: „*Es wird Zeit, dass wir überall in Deutschland deutlich machen: Die SPD steht an der Seite der Mieter, stellt bezahlbaren Wohnraum für alle ganz oben auf die Agenda.*“

„*In Berlin tun wir zur Mietenregulierung seit Jahren alles, was uns als Land möglich ist. Und weil das nicht reicht, fordern wir mit unserer Berliner Bundesratsinitiative endlich einen Paradigmenwechsel im Bundesmietrecht hin zu stärkerer Regulierung und bundespolitischer Unterstützung für die Kommunen.*“, teilt uns Müller via Tagesspiegel mit.

Die Mietpreisbremse will Müller nicht zeitlich begrenzen. Die Modernisierungumlage will er von derzeit elf Prozent auf höchstens sechs heruntersetzen. Erneut appelliert Müller: „*Politik und Verwaltung müssen schnelles Bauen ermöglichen. Aber Bauherren müssen dieses Baurecht dann auch schnell nutzen und dürfen Baugrundstücke nicht jahrelang unbebaut lassen.*“ Um Spekulanten das Spekulieren zu versalzen, will sie Müller deutlich höher besteuern. „*Spekulation ist Gift für unsere Gesellschaft, deshalb müssen wir die Spekulationsgewinne abschöpfen. Nur so werden wir Spekulanten ausbremsen und dafür sorgen, dass schnell gebaut wird.*“

Müller „*will eine offensive Debatte um eine veränderte Wohnungs- und Mietpolitik führen*“ und „*in unserer SPD-Kommission und als Ministerpräsident auf Bundesebene weiter für eine soziale Wohnraum- und Bodenpolitik kämpfen. Für ein Recht auf gutes Wohnen für alle.*“ Das klingt wie ein Regierungsprogramm bis 2021. Müller hat den Wohnungsbau längst zur Chefsache erklärt. Er ist es schon aus der vorherigen Koalition gewohnt, Aufgaben von Senatoren zusätzlich zu übernehmen. Während der Flüchtlingswelle 2015 hat sich die Senatskanzlei um die Organisation gekümmert, weil der zuständige Sozialsenator Mario Czaja (CDU) völlig überfordert war.

Auf der kürzlich durchgeführten Baurundfahrt durch Berlin, konnte man den Eindruck gewinnen, dass zwischen Müller und Lompscher kein Blatt Papier passt. Mehrfach versicherten sie sich der gegenseitigen Unterstützung und Lompscher betonte, wie gut sie es fände, dass der Regierende Bürgermeister ihrer Verwaltung mit allen Mitteln helfe. Das Lompscher-Papier ist vielleicht das Zeichen „Ich habe verstanden.“ Wenn die Zusammenarbeit zwischen Müller und Lompscher noch besser funktioniert, kann das nur gut sein für alle, die in Berlin eine bezahlbare Wohnung suchen.

**Ed Koch**